

# Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 0.85 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streichband 1.35 (inkl. Postgebühren). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 Pf. je laufende 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 178.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 1. August 1930.

12. Jahrgang.

In großen Situationen entscheidet der Charakter mehr als Geist und Wissen. Fthr. v. Stein.

## Die Deutsche Staatspartei.

Nachdem die Gruppen Westarp und Treviranus sich zur konservativen Volkspartei zusammengeschlossen haben, wurde am Montag früh die Öffentlichkeit mit einer neuen Parteigründung überrascht. Die Demokratische Volkspartei hat sich mit dem Jungdeutschen Orden und einigen Jungliberalen zusammengeschlossen und sich den Namen „Deutsche Staatspartei“ gegeben. Diese Gründung kam ziemlich überraschend. Wenn auch schon seit einigen Tagen in Berlin gemunkelt wurde, daß ähnliche Verhandlungen im Gange seien, so war ein derartiger schneller Abschluß doch nicht erwartet worden.

Die Hauptträger dieser neuen Partei sind außer dem Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Herrn Mahraun, im wesentlichen die bekannten Führer und Abgeordneten der bisherigen Demokratischen Volkspartei. Es hat den Anschein, daß diese Führer es nicht mehr gewagt haben, mit eigener Kraft den Wahlkampf durchzuführen. Man hat sich deshalb nach Hilfspartnern umgesehen, um der Partei junges Blut und neue Kampfertruppen zuzuführen. In manchen Kreisen scheint jedoch der Verdacht zu bestehen, daß die neue Partei weiter nichts ist, als eine Fortführung der Demokratischen Volkspartei unter einem anderen Namen.

Seit der Einberufung der Nationalversammlung 1919 ist diese Partei von stolzer Höhe herabgeglitten und zu einer ganz kleinen bedeutungslosen Partei geworden. In der Nationalversammlung verfügte die Demokraten über 68 Abgeordnete und waren somit eine der stärksten bürgerlichen Parteien. Im Laufe der Zeit schmolz aber von einer Wahl zur anderen die Zahl der Abgeordneten, weil die Wählerschaft sich immer mehr nach rechts orientierte. Dieser Wählerchwund wurde ferner dadurch hervorgerufen, daß die Demokratische Partei sich in ein immer stärkeres Hörigkeitsverhältnis zur Sozialdemokratischen Partei brachte, was nach außen hin die Partei sehr stark kompromittierte. Kluge Männer, wie Koch-Weser und andere, werden sich daher gesagt haben, dem völligen Zusammenbruch der Partei durch eine Neuorientierung vorzubeugen. Wenn man auf den Wahlausfall etwas geben darf, muß man allerdings feststellen, daß die Neuorientierung in einer Mauerung nach rechts besteht. Man scheint starken Anstoß zu suchen an den linken Flügel der Deutschen Volkspartei und an andere Gruppen, die sich, wie z. B. der „Jungdo“, bisher nirgends angeschlossen hatten. Man erhofft dadurch eine Vermehrung der Wähler und damit neuen Aufschwung für die altersschwache Demokratische Partei.

Etwas verwunderlich ist die Entwicklung des Jungdeutschen Ordens, der bekanntlich bis dahin unter Führung des Herrn Mahraun eine starke Abneigung gegen das Parteiwesen und gegen den Parlamentarismus an den Tag legte. Dann hatte man sich zur politischen Betätigung durchgerungen und unter dem Namen „Volksschule“ sich zum erstenmal am sächsischen Landtagswahlkampf beteiligt. Der Optimismus dieser Gruppe war sehr groß und ließ die Hoffnung aufkommen, daß man bei den sächsischen Landtagswahlen es zu einer achtunggebietenden Stellung im Parlament bringen würde. Es konnten aber nur zwei Sitze errungen werden, und dieser Mißerfolg hat wahrscheinlich dem Hochmeister des Jungdeutschen Ordens Veranlassung gegeben, dem Führer der Demokraten, Dr. Koch, auf halbem Wege entgegenzukommen. Hinzu stoßen dann noch einige jungliberale Idealisten, hinter denen aber weitere Volksschulen nicht stehen. Die Deutsche Volkspartei gibt jedenfalls bekannt, daß sie mit der Gründung der Deutschen Staatspartei nichts zu tun habe, sodaß im großen und ganzen wohl der Name geändert ist, die Menschen aber dieselben bleiben unter Hinzunahme des jungdeutschen Ordens.

Man könnte versucht sein, eine Parallele zu ziehen zwischen der durch Eugen Berg verwirtschafteten Deutschnationalen Volkspartei und der Demokratischen Volkspartei. Während der Führer der ersteren durch sein vielfältig allzu starres Festhalten an Prinzipien seine Partei zu grunde richtete, sind die Demokraten an ihrer Entschluß- und Prinzipienlosigkeit zu grunde gegangen. Man könnte aus den politischen Ereignissen der letzten Jahre manche Einzelheiten herausgreifen, die zeigen, daß die Demokratische Fraktion des Reichstages in irgendwelchen Fragen sehr oft einen mutigen Anlauf nahm, dann aber auf

Geheiß der Sozialdemokratie zusammenknickte wie ein Taschmesser. Damit hat die Demokratische Partei das Vertrauen der Wählerschaft verloren, die mehr auf Innehaltung eines festen Kurses drängte. Man wird nun abzuwarten haben, wie die Deutsche Staatspartei sich im Reichstag betätigen und ob sie überhaupt mit einigem Erfolg aus dem Wahlkampf hervorgehen wird.

Das Programm ist, wie gesagt, so abgefaßt, daß man eine Annäherung nach rechts herauslesen kann und der Wunsch sichtbar wird, sich den allgemeinen bürgerlichen Anschauungen zu nähern. Zum Beispiel wird gefordert, den Gemeinschaftsgedanken über den verheerenden Kampf zwischen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold zu stellen. Man kann auch beachten, daß endlich eine weitgehende Distanz zwischen der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei als erwünscht bezeichnet wird. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, daß die bisherigen demokratischen Führer, soweit sie im Reichsbanner eine Rolle gespielt haben, dieses auch in Zukunft zu tun gedenken, weil ja das Reichsbanner „überparteilich“ sein soll. (Wie eine sehr angelegene Berliner Zeitung berichtet, hat auf der Pressebesprechung der „Staatspartei“ einer der Führer dieser Partei auf die Frage nach dem Verhältnis der Partei zum Reichsbanner erklärt, das Reichsbanner sei „überparteilich“ und habe „starke staatspolitische Tendenzen“; deshalb stünde jedem Mitglied der „Deutschen Staatspartei“ die Beteiligung auch im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ offen.) Es ist anzunehmen, daß man unter diesem Schild doch wohl die Brücke zu erhalten sucht, die nach den Wahlen eine Verbindung zwischen der Deutschen Staatspartei und der Sozialdemokratie ermöglichen soll. Wenn letztere Vermutungen zutreffend sind, dann darf man die Schlussfolgerung ziehen, daß trotz der schönen Worte im Programm es sich lediglich um eine Fortsetzung der Demokratischen Volkspartei unter einem anderen Namen handelt. Würde diese Auffassung, was wir nicht wünschen, zutreffend sein, dann ist das Ende auch dieser neuen Partei sehr bald abzusehen, da eben heutzutage die Wähler wissen wollen, wie sie mit ihrer Partei daran sind. Wird aber die neue Partei sich zu einer liberalen Volkspartei mit Anstoß an die Deutsche Volkspartei entwickeln, dann könnte damit die Möglichkeit zur Schaffung einer recht weiten Basis im Reichstag gegeben sein. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Rechtsparteien unter der Führung von Westarp, Treviranus und Schiele sich im Reichstag zu einer großen Arbeitsgemeinschaft zu schließen werden. Das Zentrum unter Führung seines Reichskanzlers wird sich einer Zusammenarbeit mit dieser Arbeitsgemeinschaft nicht verweigern. Ebenfalls wird die Deutsche Volkspartei, so daß die Deutsche Staatspartei sowohl wie die Wirtschaftspartei, die ja größtenteils aus Rechtskreisen hervorgegangen ist, wohl kaum ausbrechen können und sich wohl oder übel der Hindenburgfront zur Verfügung stellen werden. W. W.

## Die Badische Landessynode 1930

Es wäre aufrichtig zu bedauern, wollte die für unsere Evangelische Kirche so überaus wichtige Synode nur eine badische Angelegenheit bleiben und in ihrer Besonderheit außerhalb des Landes und der Glaubensgenossen unbekannt bleiben. Natürlich kann hier nur ein ganz unzulänglicher Auschnitt gegeben werden. Das bedingt dann ebenso natürlich das Urteil. Ein ganz gerechtes Urteil wird nachträglich, wenn überhaupt, so erst nach Fertigstellung der Verhandlungsniederschriften möglich sein.

Geldfragen, Rechtsfragen und Glaubensfragen standen auf der Tagesordnung. Diesmal von allen mehr als je. Ohne diese Fragen kann ja keine Kirche bestehen, wenn freilich nicht erst gesagt werden braucht, was die tiefsten Fragen sind.

„Am Gelde hängt, nach Gelde drängt doch alles!“ Auch eine Landessynode? Eigentlich nicht! Nein und abermals nein! Was sie an Geld braucht, das braucht sie wirklich! Jedermann weiß, wieviel unterwegs an Ausgaben und Ausführungen liegen bleibt, weil die Geldmittel nicht vorhanden sind und auch nicht noch neben dem unbedingt Nötigen aus den Kirchensteuereinzahlern herausgeholt werden soll. Man weiß ohnehin die Tatsache zu schätzen, daß unser badisches Kirchenvolk seine Landeskirchensteuer bis zu 87 Prozent geleistet hat und es möglich machte, einen Nachtrag auf das alte Steuerjahr damit zu decken. Für die nächsten drei Steuerjahre wurde ein jährlicher Bedarf von 7 140 910 Reichsmark bewilligt. 4 983 630 Reichsmark müssen durch Steuern erhoben werden. Trotz der vorhandenen anderweitigen Deckungsmittel

in der Höhe von 2 157 810 Reichsmark werden 233 630 Reichsmark noch ungedeckt bleiben. Sofern sie nicht aus Ueberschüssen gedeckt werden können, muß der etwa 3 Millionen betragende Betriebsfonds herangezogen werden. Bedenklich wirkt sich auch der bekannte Abbau der Staatsbeiträge aus, der 1931 erstmals von 900 000 RMk. auf 672 700 RMk. heruntergeht und 1934 schon auf 502 000 Reichsmark sinkt. Hernach wohl noch stärker.

Dennoch hat es unsere Kirche gewagt, auch neue Aufgaben zu den bisherigen zu übernehmen. Sie darf für kirchliche Baugelder bis zur Höhe von einer Million Bürgschaften übernehmen, bis zur Höhe von 60 000 RMk. Gemeindefürsorge anstellen. Zur Gründung eines kirchenmusikalischen Instituts wurden 30 000 RMk. ausgeschrieben. Bei dienstlichen Kraftwagen können Darlehen gegeben werden.

Wir führen diese Dinge an, um zu zeigen, unsere Kirche habe auch andere Aufgaben als bloß die Leistung der Pfarrgehalte. Diese selber um 5. v. S. zu kürzen, wurde erwogen, aber im Hinblick auf die heutigen Verhältnisse noch unterlassen. Wie lange es dabei bleiben kann, steht dahin. Etwasige Fondsüberschüsse — selbstverständlich keine Steuermittel, wie so oft ganz irrtümlich angenommen wird! — werden in preiswertem Grund und Boden angelegt. Sie dürfen schon aus strategisch-ökonomischen Gründen nicht brach liegen.

Es gab noch andere Geldfragen. Auch sie wurden mit selbstverständlicher Gewissenhaftigkeit geprüft und geregelt. Verschenken freilich kann die Kirche nichts. Ein sozialistischer Antrag, schon jetzt auf alle Staatsbeiträge zu verzichten, wäre einem solchen — und zwar recht leichtfertigen — Verschenken gleichgekommen. Davon konnte man sich wirklich keine guten Folgen versprechen.

So äußerlich also Geldfragen sind, auch sie müssen in dem Geiste gelöst werden, der auch im Kleinsten treu ist. Und unserer Badischen Landeskirche im ganzen, wie dem hierfür in erster Linie verantwortlichen „Dezernenten“, Herrn Oberkirchenrat Dr. Doerr, darf niemand dieses Zeugnis versagen!

Schon tiefer führen uns die Rechtsfragen. Auch wo sie außerhalb Badens weniger verstanden würden, haben sie mitunter nicht nur für Baden ihre Wichtigkeit. Denn manche Frage greift tatsächlich über die Grenzen hinaus.

So schon die, es müsse die Landeskirche ihre Kirchengemeinden zu begrenzen das Recht haben, ohne im einzelnen Fall jeweils den Staat zu fragen. Auch die Titelfrage ist heute keine ausschließlich badische Angelegenheit mehr. Auch die Pfalz hat die Ernennung zum Kirchenrat m. W. nicht mehr. Einen ehrenvolleren Titel als Pfarrer, stellt der „Kirchenrat“ schließlich auch nicht dar. Besonders, wenn man weiß, nach welchen Gesichtspunkten er eben doch auch schon vergeben wurde. Allein der katholischen Kirche wegen, die mit derlei Ehrungen uns immer voran ist, gelten auch gegenteilige Gesichtspunkte. So blieb alles beim alten, weil die nötige Zweidrittelmehrheit nicht zustandekam. Ebenso ist es eine allgemeine Frage, ob in kirchlichen Räumen politische Veranstaltungen geduldet werden dürfen. Denn hier sind die Grenzen oft sehr schwierig. Die religiösen Sozialisten halten bedenkenlos ihre religiösen Maiereien in den Kirchen ab, wollen aber in den Gemeindefürsorge und Gemeindefürsorge keine Stahlhelme oder nationalsozialistische Veranstaltungen gestattet wissen. In beiden Fällen sah nun die Landessynode nach dem Rechten und gab die nötigen Bestimmungen. Diese sollen jedes unnötige Argernis verhüten. Freilich, wer um jeden Preis Argernis nehmen will, kann davor niemals, auch nicht durch die beste Synode und deren Verfügungen geschützt werden. Ausnahmegesetze sind immer vom Uebel. Kommen sie nun von einer Partei oder von dritter Seite, wie sie mit doch unverkennbar antisozialistischer Spitze der heute im Ruhestand lebende vorletzte Kirchenpräsident Dr. Muchow — ganz sicher und im besten kirchlichen Sinn und zugegebenermaßen mit ehrlichster Absicht — der Synode vorgelegt hatte.

Sehr zu begrüßen war die schon seit einiger Zeit laufende und jetzt wieder erneut gewünschte Feststellung des kirchlichen Eigentumsrechts bei nicht ganz klaren Grundbucheinträgen gemeindeeigener Grundstücke. Das Wort „Gemeinde“ war hier ursprünglich kirchengemeindlich gemeint, aber bürgerlich gemeindlich verstanden worden. Das kann weit schwerere Folgen haben, als der Flaggenstreit in Berlin sie hatte. Ebenso erfreulich ist die Verkürzung der Kirchensteuerpflicht bei Ausgetretenen. Länger als aus rechtlichen Gründen unbedingt nötig ist, also das laufende Steuerjahr, will man das Geld

eines, der seiner Kirche die Treue brach, nicht! Bisher war das wesentlich anders.

Für Sprengelfragen, d. h. jene Unterteile eines Pfarrbezirks gab es manche Erörterungen infolge der verhältnismäßig kurzen Zeit des Bestehens der Sprengelteilung einer Pfarrei in Baden. Vor 1919 hatten wir sie nicht. Und heute ist nicht alles geklärt, was der Klärung bedarf.

Weit wichtiger ist die Frage der Pfarrwahl. Die haben wir weit länger und werden sie nicht so schnell verlieren. Nur ist heute leider die Pfarrwahl keine Gemeindevahl mehr, falls sie es früher jemals gewesen war. Heute bestimmen außer in den wenigen für die Behörde vorgesehenen Fällen die Parteihäupter und diese wieder auf Grund oft längst zurückliegender Kirchenwahlen. Selbst für die Behörden haben diese Wahlen beschluß-entscheidende Wirkung. Folgerichtig müßte aber dann bei jeder Kirchenwahl ein „Resirement“ aller Pfarrstellen stattfinden. Oder was wir als Kinder so gerne spielten: „Mutter lei mir die Scheer“. Es gäbe da allgemains Platzwechseln bis auf einen, der keinen Platz mehr bekäme. Man ein Pfarrer bekäme dann keinen Platz mehr, wollte man das heutige Parteiystem weiter führen. Darum sollte wieder oder erstmals richtige Gemeindevahl stattfinden, will man von der, wiederum aus anderen Gründen nicht restlos annehmbaren, Vsetzung durch die Behörden absteigen.

Jedenfalls aber hat sich in den Großstädten ein neuer Mißstand gebildet: Es kann trotz großer Wahlbeteiligung des Wahlkörpers meist oder leicht die nötige Wahlziffer (mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten) nicht mehr zustande kommen. Großstadtwahlen sind also der Gefahr weit stärker ausgesetzt als die ländlichen Pfarrwahlen. Hier muß — das Karlsruher Beispiel hat es gezeigt — eine andere Gültigkeitsziffer bestimmt werden. Hierzu hat sich die Synode in ihrer Mehrheit aber nicht bereit finden lassen! Allein die Verhältnisse werden auf die Dauer eben doch stärker sein, als der wir immer auch begründete Widerstand!

So liegen die Dinge auch bei dem sogenannten Einheitsstimmzettel. Den haben wir noch nicht, werden ihn aber bekommen, auch wenn man meint, wie das auf der Synode geschah, gute Gründe dagegen ins Feld führen zu können. Es ist jedoch durchaus unklug, denn daß bei den Gegnern des Einheitszettels sachliche und nicht etwa machtpolitische Gründe zugrunde lagen, wird ihnen auf der andern Seite doch nicht geglaubt.

Und nun noch ein Wort über die Glaubensfragen! Sofern es sich um den Kampf zwischen evangelischem und katholischem Glauben handelte, berührte sehr wohlthuend die synodale Zurückweisung der erzbischöflichen Beschimpfungen evangelischer Trauung und Ehescheidung in dem letzten Hirtenbrief. Oder die Feststellung und Abwehr der sonstigen Zurücksetzungen, denen die Evangelischen ausgesetzt sind. Daß sich die Kirche auch ihrer Aufgaben gegenüber dem verirrten und verwirrten Volke klar blieb, war auch eine Selbstverständlichkeit.

Wie stark man aber innerlich untereinander ringen mußte, um einigermaßen geschlossen ein Glaubenswerk als hauptsächlichstes Ergebnis dieser Frühjahrsynode herauszubringen, zeigte der zähe Kampf um das neue Kirchenbuch. Belanglos war dabei fast alles, was an den sprachlichen Schwächen und sonstigen Unvollkommenheiten besserungsbedürftig erschien, gegenüber der Frage nach dem „Apostolischen Glaubensbekenntnis“ und der Verpflichtung, es bei Taufe und Konfirmation zu sprechen. Dabei muß man bedenken, daß seit 1912 ein Kirchenbuchentwurf ohne diese Verpflichtung bestand und daß die-

### Eine Insel deutscher Treue.

Zur 600-Jahresfeier der Sprachinsel Gottschee am 1. August. Umgeben von Kroaten und Slowenen leben seit 600 Jahren deutsche Menschen in einem halbkreisförmigen Waldgebiet zwischen Kupa und Save. Im Jahre 1330 siedelten die Ortenburger Grafen in dem damals völlig unbewohnten Lande bayerische und schwäbische Bauern an, die damals die Aufgabe erhielten, den unwegsamen Urwald zu roden, die kargen Wiesenlandschaften dem Ackerbau zu erschließen. Bis dahin hatten weder Kelten noch Römer, aber auch nicht die Alpenflaven dieses Wagnis unternommen. Die deutschen Bauern besaßen genügend Selbstvertrauen und sie bezwangen den Halbkreis, soweit er überhaupt zu bezwingen war. 171 Ortschaften wurden gegründet und ihr Mittelpunkt wurde das Städtchen Gottschee, dessen Name von dem slawischen Wort Kocwje, d. h. Siedlung, her stammt.

Unendlich schwere Kämpfe hatten die Gottscheer zu bestehen. Zunächst mußte die Natur besiegt werden. Als dann die reißenden Bestien des Waldes in ihre Schlupfwinkel zurückgedrängt waren und bescheidenen Wohlstand in die Blockhäuser der Einwanderer einzukehren begann, da stellten sich auch schnell die Räuberbanden aus dem kroatischen Ushokengebirge und aus Bosnien ein, denen die Türken mit Mord und Brand folgten. Es waren schwere Jahrhunderte eines nie enden wollenden Kampfes um die Scholle. In ihren kleinen Bergkirchen verteidigten sich die armen Waldbauern so gut sie konnten, doch gingen die deutschen Orte, die im Kulpatal lagen, dem Despotismus für immer verloren.

Beherrscht wurde das Land von Grafen; die Bauern waren Halbfreie und hatten dem Herrn zu fronen. Um 1500 war die Gottschee im Besitz der Grafen Thurn. Der Graf, der auf der Burg Friedrichstein saß, preßte das Land in unerhörter Weise aus. Die ohnehin durch den ewigen Grenzriegel schwer geschädigten Gottscheer standen im Jahre 1515 auf, erschlugen ihre Bedrücker und gaben damit den Steirern und Oberösterreichern das Zeichen zum Bauernkrieg. Daß es in der Gottschee so frühzeitig zu dieser sozialbedingten Revolution kam, mag auch darin

seiner Entwurf vom damaligen Landesbischof genehmigt war. Nur durch den Weltkrieg und die Nachkriegszeit wurde er verhindert, in der Landeskirche eingeführt zu werden. Es war aber das apostolischste Tausen und Konfirmieren in Baden schon vorher in weiten Kreisen Brauch geworden. Der Entwurf von 1912 wollte somit nur die gescheiterte Unterlage schaffen. Dies vor allem durch die Einführung des sogenannten Biblikums (Bekenntnisses aus Bibelstellen) und des durch den positiven Oberkirchenrat D. Mayer verfaßten neuzeitlichen Bekenntnisses. Man kann über derartige Neuerungen ganz gewiß verschieden denken. Sicher sprach aber auch aus diesen Bekenntnissen ein tiefster Glaube. Ein Beibehalten dieses Zustandes hätte unserer Landeskirche keinesfalls irgendwelchen Schaden gebracht!

Einerlei, man ging hinter diese Linie wieder zurück. Die darüber gepflogenen Verhandlungen werden von allen Seiten als bis in die letzten Tiefen geführte Darstellungen der jeweils eigenen Glaubensstellungen geschildert. Man stand in jenen Stunden unter der Macht einer höheren Weihe.

Ueberbrückt konnten die Gegensätze freilich nicht recht werden. Allein, man lernte einander doch tiefer und besser verstehen, hatte auch auf allen Seiten das Bedürfnis, an den nun einmal nicht zu ändernden und nicht aus der Welt zu schaffenden Gegensätzen das unserer Kirche willkommenes und heilsame Werk des Kirchenbuches nicht scheitern oder es zu einer Auflösung der Synode kommen zu lassen. Noch weniger zu einem Wahlkampf, der ein völlig abwegiger und für die Kirchenglieder zumeist völlig unverständlicher „Apostolikumskampf“ geworden wäre! So fand man einander doch auf einem gemeinsamen Grund. Auf der einen Seite wurde das „Apostolikum“ als das Bekenntnis zugestanden, die oben angeführten Ersatzbekenntnisse also fallen gelassen. Daraufhin griff auf der anderen Seite Kirchenpräsident D. Wurth dieses Zugeständnis auf und versprach in bindender Erklärung für die Kirchenregierung, in Weithergigkeit und Schonung die Bewissensnöte zu behandeln, zumal unsere Landeskirche keinen Lehrprozeß kenne. Die sogenannte „referierende“ Form des Bekenntnisses blieb überhaupt nie bestritten.

Wie man auch über diese Vorgänge denken mag: Niemand wird sich der Freude entziehen, nunmehr ein wesentlich brauchbares Kirchenbuch erhalten zu haben. Mindestens ist es von einer unerschöpflichen Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit. Alles Gute und Große muß eben mit Schmerzen geboren werden. Hernach aber werden die Schmerzen vergessen und das Gute bleibt. Auf Jahre hinaus wird es beim Kirchenbuch also sein. Auf wie viel Jahre, das ist heute noch nicht zu sagen. Selbst die religiösen Sozialisten, die trotz ihrer Mitarbeit im Einzelnen das Buch als Ganzes ablehnten, werden es gewiß gern benutzen.

Schließlich beschloß die Synode noch, eine neue biblische Geschichte und auch ein neues Gesangbuch in Angriff zu nehmen. Das wird aber noch Jahre dauern, bis diese Bücher zur Vollendung und zur Einführung kommen. So scheiden sie aus unserer Betrachtung aus.

Bis dahin werden noch manche Geld-, manche Rechts- und sicher auch manche Glaubensfragen die Synode beschäftigen. Das ist bei einer Kirche, die eben mehr sein will und mehr sein muß, als irgend ein kleiner Gemeinschaftsverband, einfach nicht zu umgehen. Aber ebensoviele zu umgehen ist die Vorherrschaft der Liebe in all diesen Fragen und der Wille, in gläubiger Liebe gemeinsame Lasten, vor allem einander selber zu tragen und dadurch „das Gesetz Christi zu erfüllen“!

seine Ursachen haben, daß das wenig fruchtbare Land überbevölkert war. Bereits 1471 hatte Kaiser Friedrich III. den Gottscheern ein Patent gegeben, das sie berechnete, überall freien Handel als Hausierer treiben zu dürfen. So kam ein Teil der Männer im Winter weit herum, so daß dem Gottscheer schon früh eine gewisse Weltgewandtheit eignete. So wie das Frühjahr kam, kehrten die Händler wieder heim und bebauten unter schwierigen Verhältnissen ihre kargen, humusarmen Felder, aus denen allzuoft der nackte Kalkfels hervorragt.

Im 18. Jahrhundert erwarben die im Ostalpengebiet schon reich begüterten Fürsten von Auersperg die Grafschaft Gottschee und wurden mit der Herzogswürde belehnt, eine Würde, die aber zu keiner staatsrechtlichen Förderung berechnete. Die Gottscheer war selbstverständlich weiterhin ein Teil des österreichischen Kaiserstaates. Die Auersperge bemühten sich in sehr verdienstvoller Weise um das vernachlässigte, arme Ländchen. 1808 besetzten französische Regimenter das Land, das ein Kanton des napoleonischen Illiriens geworden war. Aber die deutschen Waldbauern ergaben sich nicht tatenlos in ihr Schicksal. Die Patrouillen, die den großen Wald durchzogen, um Kriegskontributionen einzutreiben, wurden erschlagen; die Bauern bewaffneten sich mit den Gewehren der Franzosen, schmiedeten ihre Sägen zu Speichen um, verwandelten die Dreschflegel in Morgensterne und vernichteten ein in einen Hinterhalt gelocktes Regiment so gründlich, daß mehr als 600 Franzosen ihr Leben lassen mußten. In der fernsten deutschen Sprachinsel der Gottschee hatte deutsche Freiheitssehnsucht sich zum erstenmal zur befreienden Tat aufgeschwungen. Im Jahre 1809 kehrten die Franzosen freilich zurück und eroberten das Land und erschossen die Führer des Freiheitskampfes an der Friedhofsmauer von Gottschee. Kein Heldentum kündigt diese Tat dem deutschen Volke.

Unter der liebevollen Pflege des Landesherrn begann in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine bescheidene Blüte. Durch Unterstützung des Schulvereins wurde ein Gymnasium mit Schülerheim in der Stadt Gottschee errichtet, so daß nun die intelligenten Söhne Gelegenheit hatten, in höhere Berufe zu gelangen. Zahl-

### „Kriegsgreuel“ in Belgien.

Ein Leser schreibt:

„In Nr. 132 Ihres Blattes (7. 8. 30) las ich einen Artikel: „Besteht Wahrheit über die Kriegsgreuel in Belgien?“ wozu ich folgendes beitragen möchte.

Im Oktober 1914 zur Bahnhofskommandantur in Viron (Belgien) beordert, besuchte ich u. a. das etwa 4 Kilometer entfernt gelegene Dorf Ethes, in dessen Umgebung im August eine Schlacht stattgefunden hatte, in deren Verlauf das Dorf erstürmt werden mußte. An der Verteidigung dieses Dorfes hatten sich im Verein mit den Franzosen nicht nur die männlichen Bewohner, sondern sogar Weiber und halbwüchsige Dorfjugend beteiligt. Wir schienen das unglaublich; aber selbst ein angesehener Vürger Viron bestätigte diese Angelegenheit durchaus.

Später begegnete mir der Offizier, der den Sturm geleitet hatte. Auch er bestätigte die Wahrheit vorerwähnter Beschuldigung. Eine Menge Zivilisten sei ausgerissen, als das Dorf endlich — nach hartem Kampf um jedes einzelne Haus — eingenommen worden war. Allerdings habe man hinterher behauptet, das seien französische Soldaten gewesen, die ihre Zivilsachen noch im Tornister gehabt und diese schnell mit den Uniformen vertauscht oder sie über diese angezogen hätten. Das sei natürlich eine Finte gewesen, und er habe sich gezwungen gesehen, eine ganze Anzahl von Bewohnern standrechtlich erschießen zu lassen.

Dabei wird sie ganz besonders interessieren, von einer Episode zu erfahren, die während des Straßenkampfes und der Häusererstürmung vorgefallen war und so recht veranschaulicht, was es mit den „Hunnen“ in Wirklichkeit auf sich hat. Als ich nämlich — von Viron kommend — von der hohen Bahnüberführung aus auf Ethes blickte, sah ich links die völlig ausgebrannte Kirche und die Häuser, die restlos mehr oder weniger zerstört waren — mit einer einzigen Ausnahme! Es stellte sich heraus, daß auf die Tür dieses verschont gebliebenen Hauses einer unserer Feldgrauen die Worte geschrieben hatte: „Bitte verschonen! Hier liegt eine Wöchnerin!“ — Diese Worte hatten genügt, das Haus völlig unbehelligt zu lassen, während links und rechts keine Tür und kein Fenster bei dem wütenden Straßen- und Häuserkampf heil geblieben war. Zur Bekräftigung dieser meiner Zeilen füge ich eine photographische Aufnahme des Hauses bei.“

### Welt-Arbeitslosigkeit.

— Berlin, 31. Juli.

In seinem Rechenschaftsbericht vor dem Vorstand der Zentrumspartei sprach Reichsfänger Dr. Brüning unter Hinweis auf den Rückgang der Rohstoffpreise bis auf den Vorkriegsstand oder noch darunter von einer Revolution in der Weltwirtschaft, die eine Wirtschaftskrise ausgelöst habe, wie sie das Abendland seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hätte.

Man kann diesen Feststellungen nicht gut ihre Berechtigung absprechen. Denn tatsächlich bringt jeder neue Tag neue Meldungen über die Verminderung des Abzuges, das Anwachsen der Lagerbestände, Betriebsstilllegungen, Entlassungen von Arbeitern und Angestellten und damit Beweise für die große Wirtschaftskrise, in der wir uns nun schon seit vielen Monaten befinden. Das gleiche gilt von den schweren Stürmen, die in den letzten Wochen über die deutschen Aktienmärkte hinweggingen und teilweise geradezu einen „Erdrutsch“ herbeigeführt haben.

Eine der ältesten Begleiterscheinungen der Wirtschaftskrise ist aber vor allem die Massenarbeitslosigkeit, unter der fast alle Industriestaaten der

reiche Gottscheer fanden ein gutes Auskommen in der österreichischen Beamtenlaufbahn, doch wurde damit der ständig zunehmenden Ueberbevölkerung nicht gesteuert. Auch die Gottscheer entdeckten Amerika und nun geht alljährlich ein immer stärker werdender Strom von Auswanderern nach U.S.A. Die stark entwickelte Heimatliebe schätzte jedoch die Gottscheer vor dem Aufgehen im Amerikanertum. Sie schlossen sich zu zahlreichen Vereinen zusammen und jeder Einzelne trachtete, danach, baldmöglichst mit großen Ersparnissen in die Heimat zurückzukehren, um dort den Lebensabend zu beschließen. Der Hausiererberuf und die Aus- und Rückwanderung verlieh dem Gottscheer eine große geistige Beweglichkeit. Seine Geistlichkeit und die akademischen Führer, ebenso wie die Lehrer- und Kaufmannschaft ist im besten Sinne national erzogen, so daß schon im alten Österreich die Gottscheer als die bestgebildete deutsche Sprachinsel galt.

Der Zusammenbruch stellte die große Probe. — Zunächst schien es so, als wollte man die Gottscheer als so etwas wie ein Muster-Minderheitsgebiet unangefastet lassen. Als jedoch der südslawische Appetit beim Breißen des südslovenischen Deutschtums immer mehr wuchs, wurde auch die Gottschee in den Bereich der Entdeutschungsarbeit gezogen. Die Schulen wurden slawisiert, das Schülerheim enteignet, die Sparkasse „nationalisiert“, die Vereine aufgelöst. — Den Zweck dieser Uebung erreichten die Südslawen freilich nicht. Wenn auch die Wirtschaftskrise sich bei den Gottscheern besonders schwer auswirkte, zumal ihr Sicherheitsventil, die zeitweilige Auswanderung nach Nordamerika, verstopft wurde, sowie auch der Hausiererhandel ins Stocken geriet, der Gottscheer ließ sich nicht unterkriegen, er verriet kein Volkstum nicht.

Am 1. August feiern nun die 20000 Gottscheer die 600. Wiederkehr der Einwanderung. Bei aller Loyalität, die man dem Staate entgegenbringt, versteckt man sein Deutschtum nicht, was in diesen Tagen in Südslawien allein schon eine Tat ist. Ueberall, wo Deutsche in der Welt leben, soll dieses Tages gedacht werden und der tapferen Gottscheer auf der Insel der deutschen Treue.

### Demo

Entscheidung des

Der etwa 5. schuß der Reichstag seine l. nung stand die g. gegründeten Deu. gehen der Deuts Staatspariet. Au war der Parteiau

Die Begrüß mer. Alsdann Reichsminister a. fiel auf, daß sich es verging so ger war. Redner fühl „Ich gebe de jetzt als Ziel unse ganisation, in d haben, empfehle. ung und mit de in neuer Form und

verfolgen werden, haben.“

„Wenn Sie m ich falsch gehandel trauensvolkom. Die die Führer den M zu paden.

Ich bin nicht Tagen schufen, die fang und kein En für alle diejenigen

Wir sprechen Völkernationalen. wichtige Ergebnis wurde, sehe ich da abzugeben. Der so. Hereinnahme der stark. Hier haben Politik Gewerkscha den, zu dem Wel schäftsform, unter Die

so verbesserungsbe einmal zur Behr daß man sich nid stischen Staat zu ist als alle auf Das zeigt sich über schaft in den Wor Zum Schlu

Koch-Weser noch Staatspartei, w Einleitung eines

ankündigte. Hir erblickte Redner demokratie eine

Welt zu leiden Umfang der Wa der Statistiken doch keinem Zwe staaten sechs b tätigen arbeitsl parationen vorl kraft beeinträcht kern der Arbe Arbeitslosigkeit wurde übertraf

Das zeigt der Industrie, d beitslosigkeit an die Rolle spielt. Denn gerade C sehr vorsichtig i allgemein bekann technisch und or zurücksteht. Die menschlische Arb ständig nicht i aber auch ande nahme der Erv bölfungsunall allem die Verid mannigfacher I

Der weitem schaftskrise kann in den Schoß zu wollen abziehen litil. Worauf ist — das ist, gewogene Maß für z. Deuts sichten, als es Rückgang der f für die Wiebe ligenen Zinsfä wenige Monate

Hoffen kön der Krise aber her alles getar wendig ist, so Finanzen. Gle preßion aber a werden, die so uns herantrete Augenbild der neuen Mut ein

Es ist da beitsbeschaffung so z. B. mit i die schägungsw legten Monate tiana finden

ich einen Kr.  
ereignisse in  
schte.

standantur in  
r. das etwa 4  
bessen Umge-  
hatte, in de-  
ste. An der  
erein mit den  
hner, sondern  
beteiligt. Mit  
ehener Bär.  
durchaus.

en Sturm ge-  
t vorerwähnt  
i ausgerufen  
upf um jedes  
r. Allerdings  
n. östliche Sol-  
im Tornister  
en vertauscht  
sei natürlich  
igen gesehen,  
hyllisch erjähle.

en, von einer  
afenkampfes  
und so recht  
in Wirklich-  
on kommend  
Ethes blühte,  
und die Sä-  
waren — mit  
sie sich heraus,  
enen Saufes  
rieben hatte:  
ni! — Diese  
belligst zu la-  
nd kein Fen-  
erkampf hei-  
einer Zeilen  
Saufes bei."

keit.

31. Juli.

em Vorstand  
Dr. Brüning  
schloßpreis  
runter von  
schaft, die  
das Abend-  
tte.

gt gut ihre  
bringt je-  
rminierung  
stände, Be-  
Arbeitem  
große Wirt-  
vielen Mo-  
nen schwe-  
r die deut-  
ise geradezu

der Wirt-  
arbeits-  
staaten der

men in der  
e damit der  
steuert. Auch  
geht alljähr-  
Auswande-  
heimatliche  
en im Ame-  
nen Vereinen  
anach, bald-  
emat zurück-  
ließen. Der  
derung ver-  
eweglichkeit.  
hrer, ebenso  
eften Sinne  
reicht die  
schinsel galt.  
obe. — Zu-  
sche als so  
unangefastet  
beim Ver-  
mer mehr  
ich der Ent-  
rden flami-  
„nationa-  
zweck dieser  
Wenn auch  
a. besonde-  
is, die zeit-  
verstopft  
Stöcken ge-  
er verriet

tscheer die  
Loyalität,  
at man sein  
Südflawien  
sche in der  
en und der  
Treue.

—r.

# Demokratischer Parteiausschuß für Staatspartei.

Die Opposition regt sich. — Jungdo und Reichsbanner.

Entscheidung des Parteiausschusses. — Koch-Weser be-  
gründet sein Vorgehen.

— Berlin, 31. Juli.

Der etwa 500 Mitglieder zählende Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei hielt im Reichstag seine letzte Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Stellungnahme zu der neu gegründeten Deutschen Staatspartei und das Aufgehen der Deutschen Demokratischen Partei in die Staatspartei. Angeföhrt der Bedeutung dieser Fragen war der Parteiausschuß nahezu vollständig versammelt.

Die Begrüßungsansprache hielt Frau Dr. Bäumer. Alsdann nahm folgende der Parteivorstehende, Reichsminister a. D. Koch-Weser, das Wort. Es fiel auf, daß sich die Versammlung referiert verhielt; es verging so geraume Zeit, bis der Kontakt hergestellt war. Redner führte aus:

„Ich gebe der tiefen Begeisterung Ausdruck, wenn ich jetzt als Ziel unserer Politik die Aufgabe unserer Organisation, in der wir solange einmütig gekämpft haben, empfehle. Aber ich tue es trotzdem mit Befriedigung und mit der Ueberzeugung, daß wir, wenn auch in neuer Form und teilweise wohl mit rüstigerem Schritt, das gleiche Ziel

verfolgen werden, das wir bisher miteinander verfolgt haben.“

„Wenn Sie meinen,“ fuhr Koch-Weser dann fort, „daß ich falsch gehandelt habe, dann beschließen Sie ein Mißtrauensvotum. Die Politik kann nur Erfolg haben, wenn die Führer den Mut aufbringen, die Situation am Schopfe zu packen.“

Ich bin nicht der Meinung, daß das, was wir in drei Tagen schaffen, die Entwicklung beendet. Es soll ein Anfang und kein Ende sein. Die Tür halten wir weit auf für alle diejenigen, die noch kommen werden.

Wir sprechen nicht immer dieselbe Sprache wie die Volksnationalen. Aber im Ziel sind wir uns einig. Das wichtigste Ergebnis, das mit der neuen Partei erreicht wurde, sehe ich darin, die Führung in fröhliche junge Hände abzugeben. Der soziale Einschlag, den die Partei durch die Herannahende der neuen Männer bekommt, ist außerordentlich stark. Hier haben sich mit Männern der Wirtschaft und Politik Gewerkschaften zweier Richtungen zusammengefunden, zu dem Bewusstsein der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsform, unter Ablehnung sozialistischer Experimente.

Die heutige Wirtschaftsordnung.

so verbesserungsbedürftig sie sein mag, muß sich endlich einmal zur Wehr setzen und es muß klar gestellt sein, daß man sich nicht schämen muß, in einem privatrechtlichen Staat zu leben, sondern daß dieser Staat besser ist als alle auf sozialistischer Grundlage aufgebauten. Das zeigt sich überall, wo die öffentliche Hand in der Wirtschaft in den Vordergrund tritt.

Zum Schluß seiner Ausführungen äußerte sich Koch-Weser noch über den Reformwillen der Deutschen Staatspartei, wobei er die

Einleitung eines Volksbegehrens für die Wahl- und Reichsreform

ankündigte. Hinsichtlich des Echos der Neugründung erblickte Redner in der Stellungnahme der Sozialdemokratie eine der größten Ungeschicklichkeiten, die

Welt zu leiden haben. Wenn man auch den genauen Umfang der Massenarbeitslosigkeit mangels ausreichender Statistiken nicht angeben kann, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß heute in fast allen Industriestaaten sechs bis zehn vom Hundert der Erwerbstätigen arbeitslos sind. Dabei bildet das durch Reparationen vorbelastete und in seiner Produktionskraft beeinträchtigte Deutschland noch nicht einmal den Kern der Arbeitslosigkeit, vielmehr wird die deutsche Arbeitslosigkeit prozentual noch von der englischen Kurve übertroffen!

Das zeigt zugleich, daß die Rationalisierung in der Industrie, die vielfach unter den Ursachen der Arbeitslosigkeit an erster Stelle genannt wird, keineswegs die Rolle spielt, wie man es bisher vielfach annahm. Denn gerade England ist in der Rationalisierung sehr vorsichtig und langsam vorgegangen. Ist es doch allgemein bekannt, daß z. B. der englische Bergbau technisch und organisatorisch weit hinter dem deutschen zurücksteht. Die Tatsache, daß auch die Rationalisierung menschliche Arbeitskraft freimacht hat, ist selbstverständlich nicht in Zweifel zu ziehen. Daneben waren aber auch andere Ursachen wirksam, nämlich die Zunahme der Erwerbstätigen über das durch die Bevölkerungs Zunahme bedingte Maß hinaus und vor allem die Verschlechterung des Abfahes als Endergebnis mannigfacher Wandlungen.

Der weltumspannende Charakter der jetzigen Wirtschaftskrise kann nun leicht dazu verleiten, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten, bis die Krisenwolken abziehen. Das aber wäre eine verfehlte Politik. Worauf es ankommt — und was auch möglich ist — das ist, daß jedes Land durch sorgfältig abgewogene Maßnahmen die Krise mildert und verkürzt. Deutschland hat dabei insofern günstige Ausichten, als es seine verarbeitende Industrie von dem Rückgang der Rohstoffpreise profitieren und jetzt auch für die Wiederanfurberung der Produktion zu billigeren Rinsätzen Geld hereinnehmen kann, als noch wenige Monate zuvor.

Hoffen können wir auf eine baldige Ueberwindung der Krise aber nur dann, wenn auch von der Politik her alles getan wird, was in dieser Situation notwendig ist, so u. a. die Ordnung der öffentlichen Finanzen. Gleichzeitig sollten im Zeitpunkt der Depression aber auch die Arbeiten in Angriff genommen werden, die sowieso im Laufe der nächsten Jahre an uns heranrücken und deren Inangriffnahme im jetzigen Augenblick der Wirtschaft Aufträge zuführt und allen neuen Mut einflößt.

Es ist daher zu begrüßen, daß endlich auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm konkretere Gestalt annimmt, so z. B. mit den Maßnahmen der Reichsbahn, durch die schätzungsweise ein Mehr von 180 000 Menschen die letzten Monate des Jahres 1930 hindurch Beschäftigung finden wird.

dieser Partei bisher unterlaufen seien. Als Koch-Weser seine Rede mit einem Appell an die Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit der Ausschußmitglieder beendete, erntete er starken Beifall, wie man ihn zu Beginn der Sitzung kaum erwartet hatte.

Der Rede des Parteiführers folgte eine sehr ausgiebige Diskussion, die sich — unterbrochen durch eine Mittagspause — über viele Stunden erstreckte und in der Anhänger und Gegner der Neugründung zu Worte kamen. Die Opposition richtete sich vor allem gegen die Ueberrumpelung, doch zeigte sich gleich zu Beginn der Sitzung, daß die überwiegende Mehrheit des Parteiausschusses die Gründung der Deutschen Staatspartei billigte.

## Der Würfel ist gefallen.

Die Entschlieung des demokratischen Parteiausschusses. Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei nahm mit allen gegen 4 Stimmen nachstehenden Antrag an:

Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei stimmt der Gründung der Deutschen Staatspartei zu und stellt die Parteiorganisation für den Wahlkampf zur Verfügung.

Mit allen gegen eine Stimme wurde folgender Zusatzantrag angenommen:

Der Parteiausschuß wünscht und erwartet, daß die Deutsche Staatspartei mit größtem Ernst bemüht sein wird, alle gesinnungsverwandten Kräfte zu vereinigen und zu einheitlicher politischer Arbeit zusammenzufassen.

Schluß des demokratischen Parteiausschusses.

— Berlin, 30. Juli. Nach Annahme der bereits mitgeteilten Entschlieung beschäftigte sich der demokratische Parteiausschuß noch mit organisatorischen Fragen. Von mehreren Mitgliedern wurden Bedenken hinsichtlich einiger Stellen in dem Aufruf geäußert, den der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Mahraum, am Mittwoch an seine Anhänger gerichtet hat, und in dem es u. a. heißt, daß es in erster Linie am Jungdeutschen Orden liegen werde, die Front nach rechts zu erweitern und daß die Schlüsselstellung der Jungdeutschen und Volksnationalen Bewegung in der neuen Partei die Gewähr für die Ausschaltung der internationalen aktivistischen Parteien biete. Diese Bedenken wurden insbesondere von dem Parteiführer Koch-Weser zerstreut (?). Zu weiteren Bedenken über die Stellung der neuen Partei zum Reichsbanner, gab Lemmer bekannt, daß gerade in der Frage des Reichsbanners mit der Volksnationalen Reichsvereinigung eine rasche und vollständige Verständigung möglich gewesen sei. Die Veröffentlichung, die die Staatspartei in den nächsten Tagen über das Verhältnis zum Reichsbanner herausgeben wird, werde jeden demokratischen Reichsbannerkameraden befriedigen.

Denn das kann gar nicht klar genug formuliert werden: Die wichtigste Aufgabe, die uns gegenwärtig obliegt, ist die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß! Die Gleichgewichtsförderung durch den Ausfall der normalen Nachfrage dieser Massen und die furchtbaren Auswirkungen anhaltender Arbeitslosigkeit wirken auf den Organismus des Einzelnen, wie auf den des Staates und der Wirtschaft wie eine schwere Infektion.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß Frankreich als einziges Land von der Massenarbeitslosigkeit nicht betroffen wird. Frankreich ist so eine Dase des Wohlstandes in der Wüste der Weltarbeitslosigkeit.

## Eine Offerte an England.

Der Ägypte will Englands größter Freund werden. Der Preis: die Krone Ägyptens.

Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ veröffentlicht ein Interview, das der frühere Ägypte von Ägypten, Abbas Hilmi, der sich in der französischen Stadt Aix-les-Bains aufhält, einem Berichterstatter des Blattes erteilt hat. Der Ägypte mußte 1914 nach 23jähriger Regierung auf Veranlassung Englands Ägypten verlassen.

Zur jetzigen Lage in Ägypten erklärte Abbas Hilmi, er glaube nicht, daß das Meer stark genug sei, um der Volksbewegung Einhalt zu tun. Er, Abbas Hilmi, sei zwar vorläufig nur ein Zuschauer, aber er „würde es nicht ablehnen, seine Pflicht gegenüber Ägypten zu tun“, wenn dies notwendig werden würde.

Man habe in Konstantinopel fünfmal auf ihn geschossen, und er fürchte sich nicht, sich der Gefahr auszusetzen, daß man wieder auf ihn schieße, wenn das für sein Land von Nutzen sei.

Er habe 23 Jahre hindurch gegen die britischen Interessen gearbeitet, aber er gebe sehr wohl zu, daß er der größte Freund Englands sein würde, wenn England der Freund Ägyptens sein wolle. Heutzutage mische sich England nur wenig in die Verwaltung Ägyptens ein. Der von der Arbeiterparteiregierung vorgeschlagene Vertrag würde sogar die militärische Kontrolle Englands beseitigen. Es sei dies das erste Mal, daß eine englische Regierung die Lage mit einem wirklichen Sinn für Gerechtigkeit betrachte. Er hoffe, daß England diese Politik fortsetzen werde.

Ägypten könne dann Zugeständnisse in der Sudfrage machen, um eine friedliche Verständigung mit England herbeizuführen. Ägypten müsse einen vertrauenswürdigen Freund unter den Großmächten haben, und England sei der beste. (!)

Die ägyptischen Gesandtschaften im Auslande verbreiten Meldungen, nach denen gegenwärtig in Ägypten wieder Ruhe herrscht.

## Moskau, Ungora und Bessarabien

Europa-Verzicht der Türkei?

Bukarest, Ende Juli 1930. In Bukarest hat eine türkische Bombe eingeschlagen. Es handelt sich natürlich nicht um eine mit Pulver und Dynamit geladene Bombe, sondern nur um einen Zeitungsaussatz, der in den amtlichen Kreisen Bukarests dieselbe Wirkung gehabt hat. Die halbamtliche türkische Zeitung „Milliet“ hat nämlich einen Artikel veröffentlicht, von dem man vermutet, daß er in der Kanzlei Kemal Paschas geschrieben worden ist, der die Feststellung macht, daß Bessarabien ethnographisch und politisch nicht zu Rumänien, sondern zu Rußland gehören müsse. Bessarabien ist die verwundbare Stelle Rumäniens. Bis zum Türkenkriege 1876 gehörte die Provinz Rumänien. Zar Alexander II. aber zwang die Rumänen als Dank für die Waffenhilfe im Kriege dazu, ihm die Provinz abzutreten. Seit der Zeit setzte eine starke Russifizierung in Bessarabien ein. Ein großer Teil des Großgrundbesitzes ging in amtliche Hände über, auch in den Städten mehrte sich das russische Element. Die große Menge der Bevölkerung aber blieb rumänisch. Der Weltkrieg setzte Rumänien wieder in den Besitz der an Rußland verlorenen Provinz. Moskau hat zwar niemals die Besitzergreifung durch Rumänien anerkannt, aber die Proteste verhallten ungehört. Die Großmächte, in besonders feierlicher Form Italien, erkannten Bessarabien als Rumänien gehörig an und damit war das Problem vorläufig gelöst.

Man vermutet nun in den amtlichen Kreisen von Bukarest, daß zwischen Sowjetrußland und der Türkei Geheimverträge bestehen, in denen die Türkei Rußland gegen Kompensationen in Asien eine Vorzugsstellung in den Dardanellen und in Konstantinopel zu gewähren bereit ist. Als Dank verspricht die Türkei, die beharabischen Ansprüche Rußlands Rumänien gegenüber zu fördern. Der türkische Außenminister Rüschü Bey begibt sich in den nächsten Wochen nach Moskau. Man ist in Bukarest davon überzeugt, daß der Besuch nicht allein eine Höflichkeitssvisite ist, sondern daß bei dieser Gelegenheit alle Fragen am Schwarzmeeresboden einer eingehenden Besprechung unterliegen werden.

Man erinnert sich, daß vor einigen Monaten russische Kriegsschiffe unter der stillschweigenden Zustimmung der Türkei die Dardanellen durchfuhren, ohne die in Konstantinopel tagende Meerengen-Kommission um die Genehmigung zu bitten. Sowjetrußland hat den Frieden von Lausanne, in dem die Meerengenfrage behandelt wird, nicht unterschrieben. Wohl aber wäre die Türkei verpflichtet gewesen, sich an die Bestimmungen dieses Vertrages zu halten. Die Durchfahrt der russischen Kriegsschiffe erregte verständlicherweise in Rumänien das größte Aufsehen, da das Kräfteverhältnis im schwarzen Meer dadurch zu Ungunsten Rumäniens verschoben wurde. Der rumänische Delegierte in der Meerengenkommission legte denn auch scharfen Protest ein. Aber der Protest blieb platonisch; Rumänien konnte keine Garantien erhalten, daß die Türkei nicht wieder die Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen zulassen würde. Man glaubt deshalb, daß sich die Türkei immer mehr von europäischen Interessen zurückziehen und sich nach Asien wenden wird, um Rußland freien Zugang zu den Dardanellen zu gewähren. In dem Falle aber wäre der Besitz Bessarabiens für Rußland eine vortreffliche Plankendeckung. Die rumänische Diplomatie wendet dieser Frage große Aufmerksamkeit zu. Sie verdient auch das Interesse der großen Politik, da es sich dabei letzten Endes nicht nur um Probleme am Schwarzen Meer, nicht nur um die rumänisch-türkischen Beziehungen, sondern um Fragen der Weltpolitik handelt. In Moskau ist letzters die Freundschaft mit Ungora stark betont worden. Es scheint, daß es sich nicht nur um leere höfliche Redensarten handelt, sondern daß die Freundschaftsver sicherungen einen sehr realen Hintergrund haben.

## Mittelparteien und Wahl.

Keine Fusion, aber gemeinsamer Wahlaufzug.

Die von dem volksparteilichen Parteiführer Dr. Scholz eingeleitete Besprechung von Parteiführern der Mittelparteien, die am Mittwochnachmittag stattfand, dauerte zwei Stunden. Außer Scholz nahmen an der Besprechung teil: Minister Trebitzky für die Konserver Volkspartei, Drexler und Sachsenberg als Vertreter der Wirtschaftspartei, Koch-Weser und Staatssekretär a. D. Oskar Meier als Vertreter der Demokraten, ferner einige Vertreter der Reichsvereinigung junger Volksparteiler sowie Dr. Eschenburg als Vertreter der Staatspartei.

Die Aussprache bezog sich zunächst auf die Frage einer Fusion, eine Einigung hierüber kam jedoch nicht zustande. Dagegen wurde beschlossen, einen gemeinsamen Wahlaufzug zu erlassen, der für die Finanzreform der Regierung eintreten soll. Zu seiner Ausarbeitung wurde ein Redaktionsausschuß eingesetzt.

Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler hält in Kassel am Sonntag eine Reichsvertretertagung ab, die sich mit der Beteiligung am Wahlkampf und der Stellungnahme zur Deutschen Staatspartei beschäftigen wird.

## Briand will Präsident werden.

Die Anregung zu dieser Kandidatur ging von Poincaré aus.

— Paris, 31. Juli.

Die französischen Zeitungen beschäftigen sich mit der für 1931 bevorstehenden Wahl eines neuen Präsidenten von Frankreich. Dabei macht der Führer der Sozialisten, Leon Blum, im „Populaire“ die interessante Mitteilung, Poincaré habe angeregt, den jetzigen Minister des Auswärtigen Briand — „den Mann von

Locarno und des Vancouvers" — zum Präsidenten zu wählen. Ministerpräsident Tardieu soll dagegen einer Kandidatur des jetzigen Vorsitzenden der Seereschiffahrt, des Lothringers Lebrun, das Wort reden.

Von den Rechtsparteien wird allem Anschein nach die Kandidatur Lebrun befürwortet, und zwar mit der Begründung, Lebrun habe als „lothringischer Patriot die Aufmerksamkeit Frankreichs auf die außenpolitischen Gefahren gelenkt und vorsichtig zu versehen gegeben, daß Locarno und die Rheinlandräumung an diesen Gefahren mitschuldig seien“.

### Französische Granate auf deutsches Gebiet

Ermittlungen im Gange.

Von der südfranzösischen Grenze kommt die Meldung, daß in der Offenbrunner Gegend eine französische Granate vom Truppenübungs- und Schießplatz Bittsch, 27 Meter von einer Arbeitergruppe entfernt, niedergegangen ist! Soweit sich die Sachlage übersehen läßt, trifft diese Meldung zu. Es handelte sich glücklicherweise um einen Blindgänger. Die zuständigen Stellen haben sofort ihre Ermittlungen aufgenommen.

### Abermals polnischer Fliegerbesuch.

Ein polnisches Militärflugzeug überflog von Neuwe kommend, die Ortschaften Kaniglen, Weichselburg, Klein-Neubau, Stangendorf und Ruffenau im kreisförmigen Flug. Das Flugzeug schlug dann die Richtung nach Graudenz ein. Die polnischen Hoheitszeichen sind einwandfrei festgestellt worden.

### Bayern beschließt Pfalzamnestie.

Der Bayerische Landtag nahm einstimmig einen Antrag an, der die Staatsregierung ersucht, schlenkt einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den alle Straftaten, die während der Besatzungszeit im berechtigten Abwehrkampf gegen den Separatismus oder in unmittelbarem Zusammenhang mit der Befreiung erfolgten, amnestiert werden.

### Die Ueberwachung der Preise.

Der Reichswirtschaftsrat soll ein Gutachten ausarbeiten.

In Ausführung eines Beschlusses der Reichsregierung, bestimmte Maßnahmen zur Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen zu treffen, ersucht der Reichswirtschaftsrat in einem Schreiben, mit tunlichster Beschleunigung in eine Ausprache über diese Fragen einzutreten und sich insbesondere über folgende Punkte gütlich zu äußern:

1. Ueberwiegen bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage die volkswirtschaftlichen Nachteile von Preisbindungen deren Vorteile für die Gesamtwirtschaft derart, daß es notwendig erscheint, bis zur Ueberwindung der kriegshafter Zustände auf Preisbindungen jeder Art zu verzichten oder an Stelle der Preisbindungen nur unverbindliche Richtpreise zuzulassen?

Welche besonderen Gesichtspunkte ergeben sich dabei auf den Gebieten der Produktion, einschließlich des Leistungsgewerbes, des Großhandels, des Einzelhandels?

2. Empfiehlt es sich, soweit eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig oder nicht möglich ist, a) die Preisbindungen auf solchen Gebieten aufzuheben, auf denen preisgebundene Unternehmungen unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftslage oder ihrer besonderen Betriebsverhältnisse die festgesetzten Preise unter Umgehung der Bindungen nicht einhalten, b) in einzelnen Fällen die Bindungen auf unangemessen hohe (volkswirtschaftlich nicht berechnete) Preise und Preisspannen aufzuheben? Wie kann das Vorliegen unangemessen hoher Preise im einzelnen Falle zureichend ermittelt werden?

3. Empfiehlt es sich, soweit eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig oder nicht möglich ist, die Preisbindung von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsklasse, also z. B. von Angehörigen des Einzelhandels durch Produzenten oder Großhandel

aufzuheben? Ist dies insbesondere mit Rücksicht auf die Preisbindung bei sogenannten Markenartikeln angezeigt?

### Der Vollstreckungsschutz.

Der Reichslandwirtschaftsminister an den Abgeordneten Gieseler.

Auf einen an den Reichspräsidenten gerichteten Brief des Abg. Forstmeister Gieseler, worin dieser den Vollstreckungsschutz (bei bürgerlichen Pfändungen im Osten usw.) anregte, erwiderte der Reichslandwirtschaftsminister im Auftrage des Reichspräsidenten, daß die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Behebung des finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Notstandes Bestimmungen über die Gewährung eines Vollstreckungsschutzes bei Zwangsvollstreckungen gegen Eigentümer und Pächter landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Betriebe in den Ostgebieten enthalte. Damit sei der Anregung des Forstmeisters Gieseler bereits vor der Ausfertigung seines Briefes in dem erforderlichen Ausmaße und in dem Rahmen entsprochen worden, der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung für den Erlass der Notverordnung gezogen sei.

Die Reichsverfassung biete dem Reichspräsidenten keine Handhabe, in schwebende Strafverfahren einzugreifen, die vor ordentlichen Gerichten anhängig sind. Der Reichspräsident bedauere mit der gesamten Reichsregierung aufs lebhafteste, daß durch die Auflösung des Reichstages verhindert worden sei, die im Entwurf zum Hilfsgesetz vorgesehenen Maßnahmen früher und in dem ursprünglich beabsichtigten größeren Umfange in Kraft zu setzen.

### Beschlüsse des Reichsrats.

— Berlin, 31. Juli. Der Reichsrat stimmte dem Entwurf einer Verordnung über die Kennzeichnung von Mischbrot zu, nachdem der Berichterstatter erklärt hatte, daß die auf Grund des Paragraphen 3 des Brotgesetzes erlassenen Vorschriften der Verordnung dem Ausschuss des Reichsrats als zweckmäßig erschienen seien. Es folgte dann u. a. die Ernennung der Mitglieder des Verwaltungsrats der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt.

### Die Reichsbahn wehrt sich.

Ein Nachwort zum Wiener Eisenbahnprozeß.

In der Gerichtsverhandlung über das Eisenbahnunglück in Wuir zu Beginn dieses Monats erklärte der Sachverständige, Professor Frebert, ein Lokomotivführer in Berlin müsse z. B. von Rummelsburg nach dem Lehrter Bahnhof fahren, um dort seine Dienstankweisungen zu holen.

Dies sei das gleiche, als wenn ein Lokomotivführer in Köln dauernd von Deutz nach dem Westbahnhof in Köln hin und her fahren müsse, um dort seine Befehle zu empfangen usw.

Demgegenüber erklärt die Reichsbahndirektion Berlin folgendes: „Die Darstellung, daß ein Lokomotivführer z. B. von Rummelsburg nach dem Lehrter Bahnhof fahren müsse, um dort seine Dienstankweisungen zu holen, entspricht nicht den Tatsachen.“

In Berlin erhält jeder Lokomotivführer seine Dienstankweisungen nur bei der Dienststelle, der er dienstlich zugeteilt ist. Besondere Fahrten zum Empfang von Dienstankweisungen sind nicht erforderlich.

Wenn der Sachverständige anderslautende Angaben gemacht hat, ist er falsch unterrichtet.“

### Das Erdbeben in Italien.

Ein amtlicher Bericht.

In einem Bericht des italienischen Unterstaatssekretärs für öffentliche Arbeiten wird betont, daß die Bevölkerung in den durch das Erdbeben verwüsteten Gemeinden sich nun beruhigt hat und allmählich die gewohnte Arbeit wieder aufnimmt.

Teile des zur Unterstützung der Hilfsaktion herbeigeeilten Militärs und der Miliz seien bereits wieder abberufen, nachdem sie die ihnen ausgewiesenen Arbeiten

erledigt hätten. In Arriano sind 300 Häuser von der Bevölkerung wieder bezogen worden, nachdem sie sich von ihrer Tauglichkeit überzeugt hätten.

In Melfi hat bereits die Herstellung mehrerer Häuser begonnen. In Lacedonia, Aquilona, Arriano und Villanova wird man damit heute beginnen. Auch die Versorgung mit Lebensmitteln nimmt wieder normale Formen an, insbesondere da alle Eisenbahnlinien und Wege durch das Erdbeben nicht zerstört wurden.

Auffällig an diesem Bericht ist die Tatsache, daß keinerlei neue Zahlen über die Opfer an Menschenleben angegeben werden. Das wäre doch ohne Zweifel möglich gewesen, nachdem die ganze Situation sich jetzt so gestaltet hat, daß man überall hingelangen kann.

### Ein weiteres Koblenzer Opfer an Land gespült.

— Neuwied, 30. Juli. In Oberwinter wurde am Dienstag die Leiche eines 20-jährigen Dentisten an Land gespült. Der Dentist wird seit dem Brückeneinsturz in Koblenz vermisst und es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß auch er ein Opfer des Unglücks geworden ist und der Rhein seine Leiche weitergetrieben hat.

### Vor dem Ziel

„R. 100“ in Neufundland gesichtet.

— New York, 31. Juli. Das englische Luftschiff „R. 100“ nähert sich in stetiger Fahrt der kanadischen Küste. Am Spätnachmittag des Mittwoch wurde es bei Belle Isle an der Nordspitze Neufundlands gesichtet.

### Letzte Meldungen.

— Neue Mitglieder der Konservativen Volkspartei. Der frühere Reichsfinanzminister von Schlieben, Staatssekretär a. D. Hagedorn, der frühere bayerische Staatsminister von Brenning und der Vizepräsident des Reichverbandes der Industrie Abraham Frommberg haben ihre Mitgliedschaft bei der Konservativen Volkspartei angemeldet.

### Besucht das liebe Thüringen!

Aus „Neuland“-Reisen schreibt man uns:

Das „Berliner Tageblatt“ hat angekündigt, daß Thüringen eine schlechte Saison haben werde, weil niemand „Horden treffen“ wolle, die harmlose Touristen mit Gewalt bedrohen! In Wirklichkeit will dieses demokratische Mosse-Blatt Thüringen dafür strafen, daß die Nationalsozialisten dort ein Wort mitzureden haben. Deshalb boykottiert es Thüringen, das so überreich anziehend mit seinen Wäldern und Bergen ist. Alle deutsch und christlich fühlenden müßten den Wächtern des Berliner Tageblattes dadurch wirksam begegnen, daß sie nun gerade Thüringen besuchen und daß sie die Lösung weitergeben „Besucht Thüringen!“

### Bethel.

— Zur gefl. Beachtung! Vom 2. August ab schließt die Anstaltspost Sonnabends um 4 Uhr nachmittags, ist aber dafür von 8 bis 4 Uhr durchgängig geöffnet. Der letzte Botengang wird anstatt um 2½ um 1 Uhr angetreten, später abgegebene Post wird erst Montag früh besorgt. Auf den Diensttafeln der A.-P., die sich in jedem Betriebe befinden, ist diese Aenderung zu vermerken.

— Christlicher Verein junger Männer. Heute, Donnerstag, 8 Uhr Jungvolkabend in Gosen.

Freitag, 8¼ Uhr Mitgliederversammlung in Gosen. 1. Einleitung und Aufnahme. 2. Bericht über Dortmund (82. Bundesfest). 3. der „Ruf“, ein Ruf an uns alle. 4. Verschiedenes.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Hüttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.



## Saison-Ausverkauf

3 Schlußtage ♦ Freitag ♦ Sonnabend ♦ Montag

Greifen Sie zu, denn die Vorteile sind jetzt noch sehr groß.

Sakko- und Sport-Anzüge von 18.- an  
Herren-Mäntel . . . . . von 10.- an  
Regen-Mäntel . . . . . von 10.- an  
Herren-Hosen . . . . . von 1.75 an  
Leichte Sommer-Anzüge . von 7.- an  
Leichte Sommer-Sakkos . von 4.50 an  
Anzüge für den jung. Herrn von 16.- an

Mäntel für den jung. Herrn von 9.50 an  
Knaben-Anzüge u. Mäntel von 4.75 an  
Knaben-Wasch-Anzüge . von 0.50 an

**Heute**  
BIELEFELD

Wo findet  
**Schreinergehilfe**  
mit gut bestandener Prüfung Arbeit, wo ihm Gelegenheit zu äußerer Fortbildung und zur inneren Festigung geboten ist? Unter Umständen auch eine solche außerhalb seines Fräses. Angebote unter A 6894 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Landwirtschafter, 22. J. alt, sucht  
**Stellung**  
in gutem Hause, wo sie das Kochen erlernen kann. Im Nähen und Hausarbeit erfahren. Etwas Gehalt erwünscht. Gest. Angebote erbeten unter A 6895 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ostseebad Ahlbeck.  
**Park-Hospiz**  
In vornehmer Ruhe in eigenem Waldgarten liegend, 2 Minuten vom Meer und der großen Promenade, hohe und luftige Zimmer, behagl. Gesellschaftsräume. Gewissenhafte Verpflegung bei mäßigen Preisen. Prospekte.

9 Pfd. rote  
**Kugelnkäse**  
3.95 Mk. ab hier Nachnahme  
9 Pfd. Limburgerk. . . . . Mk. 6.95  
9 Pfd. Dän. Holländ. . . . . Mk. 7.55  
9 Pfd. echter Edamer . . . . . Mk. 7.55  
200 feine Harzerk. . . . . Mk. 3.95  
**Salzheringe**  
110 neue ohne Kopf und Eingew. . . . . Mk. 4.50  
ca. 100 Gabelrollmops . . . . . Mk. 4.65  
E. Napp, Altona 357.

Südamerik. Maté  
**Paraguaytee**  
Preis: 2.80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.  
**Gustav Giehl & Sohn**  
Sangerhausen, Hindenburgstraße  
Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

**Möbl. Zimmer**  
mit voller Pension in d. Nähe des Dankorts gesucht. Mögliche Erbschaft. Meldungen unter A 6890 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“ erbeten.  
**Stellengesuche u. Angebote**  
haben im „Aufwärts“ großen Erfolg.



Ersteinst wöch.  
0.88 Bepflichtung  
Musterland unter  
Eingelnummern

Nr. 179.

Wenn mir je  
politische Rechte  
hig geworden sin  
nicht.

Danzig a

Von Dr. J.  
Mit dem star  
westpreußischen  
sich ihrer Vollen  
Gingen (genam  
des Versäiler J  
ren Ausfuhrhaf  
tigung vollstän  
der Eisenbahn  
bereits seit fi  
Eingelstrecken  
Die Strecke  
Teil der Bal  
während im süd  
Neuerby-Bruns  
sind. Auf diese  
ber dieses Jh  
Demgegenüber si  
Arbeiten noch fe  
fangsstadium. J  
nur langsam ve  
Fachpresse ist kei  
bis Ende 1931 fe

Sollte man si  
des Völkerbunde  
Polen und Lita  
so zu internatio  
hen deutschen  
bevorstehende u  
polnischen Indu  
tionale Verwalt  
dann fallen auch  
fung des heutige  
trennung Danzig  
nis widerlegt se  
legungen, die d  
lens, Minister  
tituts in Paris  
Pommerellens  
ten ist die Förd  
hundert Zugan  
Tatsache, daß D  
ner wichtigsten  
preußen, durch  
ben soll, muß o

Eine Rückga  
welchem Wege d  
finanzielle Leist  
vor allen Dinge  
wird aber auch  
schaftlichen und  
beitragen und  
gramms, die die  
digerweise belaf  
Mit ganz bef  
liche Meinung  
schwerde des D  
men, in der D  
schon winzigen  
noch der Verfa  
in der Lage ist,  
ten Hafens Gb  
abzuziehen und  
mungen des Be  
als Ostseehafen  
vollkommene S  
schen Osten. N  
lichen Entwickl  
und nur innerh  
Wirtschaft die  
befreit werden  
deutschen Besit  
Danziger Wirt